

TOP 4	Anregung gem. §24 GO NRW - Aufnahme von afghanischen Staatsangehörigen und möglicher Beitritt zu dem Bündnis "Sicherer Hafen Vorlage: 013/2022
-------	---

Es gibt zu dieser Vorlage eine Ergänzungsvorlage (013/2022/1). Es wurde über die Beschlüsse der Ergänzungsvorlage abgestimmt. Die entsprechenden Ausführungen entnehmen Sie bitte den Protokolleinträgen zu TOP 4.1.

Abstimmung sh TOP 4.1.

TOP 4.1	Anregung gem. §24 GO NRW - Aufnahme von afghanischen Staatsangehörigen und möglicher Beitritt zu dem Bündnis "Sicherer Hafen Vorlage: 013/2022/1
---------	---

Herr Thies führt weiter in das Thema ein.

Herr Wedhorn sagt, dass die CDU für den Beschlussvorschlag 2 und 3 stimmen werde. Auf Anfrage bestätigte Herr Thies, dass durch die festgelegten Aufnahmequoten sichergestellt wird, dass alle Flüchtlinge von den Kommunen aufgenommen und untergebracht werden.

Herr Böyer bemerkt, dass es ihn stört, sich nur solidarisch zu erklären. Davon werde kein Flüchtling satt. Sinngemäß, so Herr Böyer, gehen wir mit dem guten Gefühl nach Hause, uns solidarisch erklärt zu haben.

Herr Öhmann widerspricht der Meinung von Herrn Böyer, er sagt, der Bund macht die Politik, wir machen nur Symbolpolitik. Er favorisiert den Beschluss 3.

Herr Kestermann sagt, es sei wichtig, im System zu bleiben und den Menschen zu helfen.

Herr Schmitz zitiert in Teilen die neue Innenministerin, Frau Faeser. Sie sagt, den Menschen soll die Zuwanderung erleichtert werden.

Herr Borgelt stellt die Aufgabe von Kommunen, Bundesland und Bund heraus und sagt, es ist nicht unsere Aufgabe als Stadtrat, diese Dinge zu beschließen, die Aufgabe der Kommune sei es, z. B. Flüchtlingsunterkünfte zu bauen und die zugewiesenen Geflüchteten unterzubringen.

Herr Böyer merkt an, dass er sich nicht grundsätzlich gegen Solidarität stellt.

Beschlussvorschlag 1 (Antrag der Flüchtlingsinitiative Coesfeld e.V.):

Die Stadt Coesfeld erklärt sich gegenüber dem Innenminister in Berlin und dem Integrationsminister in Düsseldorf bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einige der bedrängten Afghanen, die den Ausweg nach Deutschland finden, über den üblichen Zuweisungsschlüssel hinaus aufzunehmen.

Beschlussvorschlag 2 (Beschlussvorschlag der Verwaltung aus der Vorlage 332/2021):

Der Rat der Stadt Coesfeld erklärt sich mit der Aufnahme von afghanischen Ortskräften und deren Familienangehörigen solidarisch.

Beschlussvorschlag 3:

Der Rat der Stadt Coesfeld erklärt sich mit dem Ziel, in Seenot geratenen Flüchtlingen zu helfen, solidarisch und sich somit zum „Sicheren Hafen“, in dem die Forderung des Bündnisses zu 1. („Solidaritätserklärung“) umgesetzt wird.

Weiterhin appelliert der Rat der Stadt Coesfeld an die Bundesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen. Der Rat der Stadt Coesfeld ruft die Bundesregierung auf, auf eine europäische und internationale Lösung für die Aufnahme von Schutzsuchenden hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	0	11	3
Beschlussvorschlag 2	7	2	5
Beschlussvorschlag 3	9	1	4

TOP 5 Anfragen

Frau Fascher fragt, nach welchen Kriterien die neuen Unterkünfte belegt werden.

Herr Kolm antwortet, dass die neuen Unterkünfte mit Familien belegt werden, die bereits länger in Coesfeld wohnen. So sind die Familien bekannt und es kann gut eingeschätzt werden, ob sie sich in das Wohnumfeld einpassen. Die freiwerdenden Plätze in den Bestandsunterkünften werden mit Neuzugängen belegt.

Frau Fascher berichtet über die Problematik einer Familie in Harle 1, die mit 4 Personen in einem Zimmer lebt. Dieses sei kein Zustand.

Herr Kolm antwortet, die Problematik sei bekannt. Die Familie wird kurzfristig umziehen.

Frau Walfort merkt an, dass sie es nicht richtig findet, dass Obdachlose und Flüchtlinge zusammen untergebracht werden. Herr Kolm antwortet, dass die Unterbringung von Obdachlosen in Harle 64 notwendig geworden sei, da die Obdachlosenunterkunft am Darfelder Weg 103 voll ausgelastet ist.

Des Weiteren spricht sie das Thema Deutschkurse bei der VHS an. Sie bemängelte, dass nicht ausreichend Kurse angeboten werden (z B. keine Sprachkurse für Mütter mit kleinen Kindern).

Herr Thies antwortet, die Verwaltung sei mit der VHS im Gespräch, es werden Vorschläge zur Verbesserung erarbeitet.

Die Fraktion „Aktiv für Coesfeld“ hat eine Anfrage zum Thema „hohe Energiekosten“ an Frau Diekmann gestellt. Konkret geht es darum, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sieht, einkommensschwache Personen bei der Finanzierung der gestiegenen Heiz- und Energiekosten, z. B. mit einem freiwilligen Extrazuschuss für Wohngeldbezieher, zu unterstützen.